GESCHÄFTSBERICHT

enwag

eine Idee lebenswerter

4 Organe der Gesellschaft
Gesellschafterversammlung
Aufsichtsrat
Geschäftsführung

5 Bericht des Aufsichtsrates 2017

6 Lagebericht 2017

19 Jahresabschluss
Bilanz
Gewinn- und Verlustrechnung
Anhang für das Geschäftsjahr 2017

33 Gewinnverwendungsvorschlag

34 Impressum

ORGANE
DER GESELLSCHAFT

Gesellschafterversammlung

Norbert Kortlüke	Hauptamtlicher Stadtrat
Dr. Matthias Cord	Vorstandsmitglied der Thüga AG, München

Aufsichtsrat

Vorsitzender	Stellvertretender Vorsitzender
Norbert Kortlüke Hauptamtlicher Stadtrat	Dr. Matthias Cord Vorstandsmitglied der Thüga AG, München

Mitglieder

Dr. Heidi Bernauer-Münz	Tierärztin
Dr. Christian Liebl	Rechtsanwalt, Thüga AG, München
Dr. Wolfgang Bohn	Rentner
Jürgen Löhr	Rohrnetzmonteur
Klaus Breidsprecher	Bürgermeister a. D.
Bernhard Noack	Elektromeister
Dr. Matthias Büger	Dipl.-Mathematiker
Günter Pohl	Rechtsanwalt
Admir Hadzikadunic	Technischer Angestellter
Denise Schäfer	Kaufmännische Angestellte
Dr. Karl Ihmels	Rechtsanwalt
Klaus Scharmann	Dipl. Bauingenieur
Karl-Heinz Kinkler † (bis 18.10.2017)	Kaufmännischer Angestellter
Dr. Markus Spitz	Geschäftsführer Thüga Energie GmbH
Jörg Kratkey	Hauptamtlicher Stadtrat, Kämmerer
Klaus Tschakert	Rechtsanwalt
Christa Lefèvre	Lehrerin a. D.

Geschäftsführung

Dr. Berndt Hartmann	Kaufmännischer Geschäftsführer
Detlef Stein	Technischer Geschäftsführer

BERICHT
DES AUFSICHTSRATES 2017

Der Aufsichtsrat hat sich während des Geschäftsjahres durch schriftliche und mündliche Berichte der Geschäftsführung sowie in Sitzungen über die Geschäftsentwicklung und die Lage der Gesellschaft unterrichten lassen.

Die der Beschlussfassung und Genehmigung unterliegenden Geschäftsvorgänge wurden im Einzelnen eingehend beraten und entschieden.

Im Berichtsjahr hat die Geschäftsführung den Aufsichtsrat umfangreich über das Risikomanagement der Gesellschaft informiert und hierzu das Risikohandbuch und die aktuelle Risikomatrix vorgelegt. Der Aufsichtsrat hat sich davon überzeugt, dass das bestehende Risikomanagement geeignet ist, die gesetzlichen Vorgaben zu erfüllen.

Der von der Geschäftsführung aufgestellte Jahresabschluss für das Geschäftsjahr 2017 sowie der Lagebericht sind unter Einbeziehung der Buchführung durch die KPMG AG, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Mainz, geprüft und mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen worden.

Von dem Prüfungsergebnis des Abschlussprüfers hat der Aufsichtsrat Kenntnis genommen.

Nach dem abschließenden Ergebnis seiner eigenen Prüfung erklärt der Aufsichtsrat, dass gegen den von der Geschäftsführung vorgelegten Jahresabschluss 2017 und den Lagebericht keine Einwendungen zu erheben sind.

Dem Vorschlag der Geschäftsführung über die Gewinnverwendung stimmt der Aufsichtsrat zu und empfiehlt der Gesellschafterversammlung die Feststellung des Jahresabschlusses 2017. Der Aufsichtsrat spricht der Geschäftsführung und allen Belegschaftsmitgliedern seinen Dank für die geleistete Arbeit aus.

Wetzlar, im Juni 2018
Der Aufsichtsrat

Norbert Kortlüke
Aufsichtsratsvorsitzender

LAGEBERICHT
FÜR DAS GESCHÄFTSJAHR 2017

GRUNDLAGEN DER GESELLSCHAFT

Die Energie- und Wassergesellschaft mbH betreibt als kommunales Querverbundunternehmen in Wetzlar die Strom- und Gasnetze sowie im Rahmen eines Pacht- und Betriebsführungsvertrages die der öffentlichen Wasserversorgung gewidmeten Versorgungseinrichtungen. Zu unserem Kerngeschäft gehört der Energievertrieb in Wetzlar. Hier sind wir zudem aufgrund regulatorischer Vorgaben Grundversorger. Weiterhin obliegt uns die Betriebsführung unserer Tochtergesellschaft Gasversorgung Lahn-Dill GmbH, mit der wir in den umliegenden Städten Aßlar, Solms und Leun die Gasversorgung durchführen. Wir bringen die Energiewende in der Region voran und bieten mehr als günstige Energie. Wir sind leistungsstark und lokal engagiert. Das macht uns zum starken Partner. So werden unsere geschäftlichen Aktivitäten ergänzt durch die Betriebsführung der städtischen Bäder, dem schrittweise ausgeweiteten regionalen Stromvertrieb, Wärme- und Kältecontracting sowie der Erbringung und Vermittlung von Energiedienstleistungen.

Gemeinsam mit vier weiteren Stadtwerken beteiligen wir uns über unsere Beteiligungsgesellschaft fünfwerke GmbH & Co. KG zudem am bundesweiten Energievertrieb.

WIRTSCHAFTSBERICHT

Gesamt- und energiewirtschaftliche Entwicklung

Das Energiewirtschaftsjahr 2017 war bestimmt durch Neubesinnung, Innehalten, Zögern, Hinterfragen: In den Monaten vor der Bundestagswahl blieben richtungsweisende politische Entscheidungen aus. Die Bundesregierung erklärte Phase I der deutschen Energiewende zwar für abgeschlossen, doch die Frage, wie Phase II ausgestaltet werden müsse, blieb trotz einiger Konsultationsverfahren bis in den Spätherbst hinein undeutlich.

Das Gefühl der Zäsur war auch ein Ausfluss des Weltklimavertrages von Paris, der im Jahr zuvor von der Bundesregierung unterzeichnet worden war. Seither drang auch ins Bewusstsein der Öffentlichkeit verstärkt die Erkenntnis, dass es mit einer reinen „Stromwende“ nicht getan sei. Das Paris-Abkommen verlangte die Dekarbonisierung der gesamten Wirtschaft, einschließlich des Verkehrs, der Wärmeproduktion und der meisten Industrieprozesse und eines großen Teils der Landwirtschaft. Alle diese Bereiche müssen nun im Zuge einer „Sektorkopplung“ auf Ökostrombetrieb umgestellt werden, heißt es im Klimaschutzplan 2050 der Bundesregierung. Welche Konsequenzen daraus erwachsen, war die am meisten diskutierte Frage im Energiewirtschaftsjahr 2017.

Die wirtschaftliche Entwicklung unserer Gesellschaft wird wesentlich durch Faktoren wie politisch-regulatorische Rahmenbedingungen, Temperaturentwicklung und Wettbewerbssituation, aber auch durch die konjunkturelle Entwicklung geprägt.

Die **regulatorischen Vorgaben und Änderungen** sind in 2017 auf unverändert hohem Niveau geblieben:

Die Festlegung der **Bundesnetzagentur (BNetzA)** zu den **Eigenkapitalzinssätzen** für die 3. Regulierungsperiode erfolgte im Oktober 2016. Der Eigenkapitalzinssatz für Neuanlagen sinkt demnach auf 6,91 % (für die 2. Regulierungsperiode lag dieser bei 9,05 %). Der Eigenkapitalzinssatz für Altanlagen soll bei 5,12 % liegen (für die 2. Regulierungsperiode lag dieser bei 7,14 %). Die Festlegung löste in der gesamten Branche die Bildung von Prozesskostengemeinschaften aus. Die Beschwerden der Netzbetreiber hatten Erfolg. Am 22. März 2018 wurde die Entschei-

dung des OLG in den 29 Musterbeschwerdeverfahren verkündet. Das OLG ist der Auffassung, die jüngste Festlegung der Eigenkapitalzinssätze berücksichtige die Marktrisiken nicht hinreichend und sei deshalb rechtsfehlerhaft zu niedrig bemessen. Die BNetzA wurde verpflichtet, die Eigenkapitalzinssätze für die dritte Regulierungsperiode unter Beachtung der Rechtsauffassung des Gerichts neu festzulegen. Hiergegen hat die Bundesnetzagentur mittlerweile Rechtsbeschwerde beim Bundesgerichtshof eingelegt, sodass die finale Entscheidung auf sich warten lassen dürfte.

Mit dem **Marktstammdatenregister (MaStR)** wurde gemäß § 111 e und § 111 f EnWG ein umfassendes behördliches Register für den Strom- und Gasmarkt am 1. Juli 2017 in Betrieb genommen. Es soll der Vereinfachung von Meldepflichten, der Reduzierung bereits bestehender Register und der Steigerung der Datenqualität und Transparenz dienen. Die dazu notwendige Verordnung ist am 20. April 2017 in Kraft getreten. Erfasst werden ausschließlich Stammdaten (zum Beispiel Art des Unternehmens, Adressdaten, technische Anlagendaten) der Marktakteure und Anlagen. Der Netzbetreiber ist der zentrale Bezugspunkt für fast alle Daten und hat Anlagendaten nach festen Fristen zu prüfen und zu ergänzen. Verstöße gegen die Melde- und Prüfpflichten stellen Ordnungswidrigkeiten dar und können sanktioniert werden.

Im Juli 2017 wurde das **Netzentgeltmodernisierungsgesetz (NEMoG)** verabschiedet. Mit dem Gesetz soll die Vergütung für dezentrale Einspeisung („vermiedene Netzentgelte“ (vNE)) ab 2018 in Schritten spürbar abgebaut und für Neuanlagen ganz abgeschafft werden. Steuerbare Anlagen bleiben aber deutlich privilegiert. Zugleich sollen ab 2019 schrittweise bis 2023 bundeseinheitliche Netzentgelte auf der Übertragungsnetzebene eingeführt werden. Ferner gelten neue Rahmenbedingungen für Übertragungsnetzbetreiber zur Errichtung und zum Betrieb von Stromerzeugungsanlagen durch Dritte für Zwecke der Systemstabilität. Schließlich wurde die Schlichtungsstelle Energie besser finanziell abgesichert.

Mit dem **Gesetz zur Förderung von Mieterstrom**, das im Juli 2017 beschlossen wurde, sollen Mieter an der Energiewende beteiligt und weitere Dachflächen für Photovoltaikanlagen genutzt werden: Der sogenannte Mieterstrom stammt aus Photovoltaikanlagen, die vom Eigentümer oder Vermieter betrieben werden. Er wird an die Bewohner des Wohngebäudes geliefert und von diesen verbraucht. Gefördert werden Photovoltaikanlagen bis 100 kW, der maximale Zubau beträgt 500 MW installierte Leistung pro Jahr.

Ende des Jahres 2017 formierte sich Widerstand gegen die Festlegung des **generellen sektoralen Produktivitätsfaktors (X-gen)**. Als Bestandteil der Anreizregulierungsformel hat er erheblichen Einfluss auf die Unternehmensergebnisse der Netzbetreiber. Die ursprüngliche Neufestlegung betrug 0,88 %, inzwischen hat die BNetzA den X-gen Gas final mit 0,49% festgelegt. Zu den Kritikpunkten der Branche zählen nach wie vor gravierende Verzerrungen in der Datenbasis und eine nicht sachgerechte Ermittlung der Inputpreisentwicklung sowie der Produktivitätsentwicklung. Eine Berücksichtigung und Korrektur der Fehler würde nach Branchenberechnungen zu einem deutlich niedrigeren X-gen als die nun festgelegten 0,49% führen müssen.

Ungeachtet dieser regulatorischen Herausforderungen läuft die **L-H-Gas Umstellung (Marktraumumstellung)**. Rund 30 % des deutschen Erdgasmarktes werden derzeit mit L-Gas versorgt, das aus deutscher Eigenproduktion und niederländischen Exporten stammt. Der kontinuierliche Rückgang der einheimischen und niederländischen L-Gas-Produktionsleistung erfordert in den kommenden Jahren nicht nur steigende Importe aus Russland, Norwegen und anderen

H-Gas-Bezugsquellen mit den dafür notwendigen infrastrukturellen Anpassungen, sondern auch die netztechnische Umstellung einzelner Regionen.

Die Konjunktur ist in Deutschland im Jahr 2017 so kräftig gewachsen wie seit 2011 nicht mehr: Um 2,2 % nahm das Bruttoinlandsprodukt preisbereinigt zu. Die Kapazitäten sind gut ausgelastet, die Beschäftigung ist auf Rekordniveau.

GESCHÄFTSENTWICKLUNG

Zur Steuerung des Unternehmens sowie zur Beurteilung der wirtschaftlichen Situation der Gesellschaft werden die Leistungsindikatoren Umsatzerlöse, Jahresüberschuss und Investitionen herangezogen.

Auch in 2017 konnten wir das angestrebte operative Ergebnis deutlich übertreffen und unter Beweis stellen, dass die derzeit eingeschlagene Strategie Wirkung zeigt.

In der Stromversorgung ist der Energieabsatz in unserem Netzgebiet nahezu konstant auf 225,1 Mio. kWh geblieben. Vertriebsseitig mussten wir jedoch einen Mengenverlust von rund 2,3 % hinnehmen und konnten statt 124 Mio. kWh wie im Vorjahr nur noch 121,2 Mio. kWh in den Markt bringen. Wir kämpfen nach wie vor in einem von scharfem Preiswettbewerb geprägten Umfeld. Während wir einen geringen Zuwachs im Segment der Grundversorgung verzeichnen konnten, ist es uns weder gelungen, das Segment der hart umkämpften Großkunden noch das Jahreskundensegment konstant zu halten.

Die Umsatzerlöse in der Stromsparte sind in 2017 um 2,1 % auf 33,4 Mio. € gestiegen. Im Wesentlichen ergibt sich dies aus den Erlösen aus Netznutzungen und Mehr-/Mindermengenabrechnungen, welchen jedoch deutlich höhere Aufwendungen gegenüberstehen.

Das Vorjahresergebnis in der Stromsparte wurde nicht erreicht. Statt 2,0 Mio. € wurden nur 1,77 Mio. € Jahresüberschuss in 2017 erzielt. Zwar konnte die Stromsparte von einem Ertrag aus anteiliger Auflösung der Rückstellung für energiewirtschaftliche Risiken, dem Verkauf eines Grundstückes sowie gesunkenem Aufwand aus Materialeinsatz und Fremdleistungen profitieren, den deutlich höheren Strombezug und moderat höhere sonstige betriebliche Aufwendungen konnte dies allerdings nicht kompensieren.

Dennoch haben wir in der Stromsparte das Planergebnis um 373 T€ überschritten.

Unser Planinvestitionsvolumen im Stromnetzbetrieb von 1.199 T€ haben wir in 2017 mit 1.118 T€ um 81 T€ geringfügig unterschritten. Insbesondere die mangelnde Verfügbarkeit von Tiefbaudienstleistungen sowie Verschiebungen städtischer Baumaßnahmen, die sich unmittelbar auf unsere Planung auswirken, sind ursächlich für die Unterschreitung. Gleiches gilt für die Gassparte und den Wassernetzbetrieb.

Im Geschäftsbereich Gasversorgung sind die in unserem Netzgebiet benötigten Gasmengen gegenüber dem Vorjahr erneut gestiegen. Insgesamt 541,8 Mio. kWh und somit 1,5 % mehr Gas wurde durch unsere Netze geschleust. Unser Vertrieb konnte diesem Trend nicht folgen. Mit 346,2 Mio. kWh liegt die Abgabe rund 3 % unter dem Vorjahr. Insbesondere im Bereich der Standardlastprofilkunden haben wir Absatzverluste, die auch mit dem um 3,6 Mio. kWh höheren Absatz bei den Sondervertragskunden nicht ausgeglichen werden konnten.

Die Umsatzerlöse in der Gassparte sind in 2017 insgesamt um 3,1 Mio. € auf 18,5 Mio. € zurückgegangen. Ursächlich dafür ist nahezu ausschließlich der Rückgang der Vertriebserlöse infolge einer deutlichen Absenkung der Endkundenpreise zum Jahresbeginn.

Das Vorjahresergebnis in der Gassparte wurde mit 3,0 Mio. € um 635 T€ unterschritten. Zwar konnten erneut die Bezugskosten reduziert werden, dem gegenüber stehen jedoch deutlich höhere Aufwendungen aus der Mehr-/Mindermengenabrechnung Gas im Netzbetrieb und geplant höheren sonstigen betrieblichen Aufwendungen sowie der Zinsaufwand für den Anteilskauf der Gasversorgung Lahn-Dill GmbH. Insgesamt haben wir in der Gassparte das Planergebnis dennoch um 732 T€ übertroffen.

Unser Planinvestitionsvolumen im Gasnetzbetrieb von 1.151 T€ haben wir 2017 mit 797 T€ um 354 T€ unterschritten. Davon sind rund 395 T€ in die Erneuerung beziehungsweise Erweiterung von Gasleitungen geflossen, zudem wurden 72 Gashausanschlüsse verlegt.

Im Geschäftsbereich Dienstleistungen steht noch immer der Bau und Betrieb der der öffentlichen Wasserversorgung gewidmeten Wasserversorgungsanlagen nach den Vorgaben der Stadt Wetzlar im Mittelpunkt. Der Jahresüberschuss konnte nach der Anpassung der Pachtkonditionen für die Wassernetze, einem Anstieg der Erlöse aus Wärme- und Kältelieferungen um rund 82 T€, der vorsorglichen Bildung einer Rückstellung für eine Strukturmaßnahme und trotz des deutlichen Anstiegs der Konzessionsabgabe um rund 155 T€ auf Planniveau verbessert werden.

Unser Planinvestitionsvolumen von 1.758 T€ im Wassernetzbetrieb, Contracting und der Dienstleistungssparte haben wir 2017 mit 1.100 T€ um 658 T€ unterschritten. Von den Investitionen entfielen rund 343 T€ auf die Erneuerung beziehungsweise Erweiterung von Wasserleitungen und 173 T€ von Wasserhochbehältern. Insgesamt wurden zudem 115 Wasserhausanschlüsse verlegt.

ERTRAGSLAGE

Zum Ergebnis haben die Geschäftsbereiche wie folgt beigetragen:

	2017	2016
Jahresüberschuss	**T€**	**T€**
Stromversorgung	1.773	2.013
Gasversorgung	3.040	3.675
Dienstleistungen	576	421
Gesamt:	**5.389**	**6.109**

Stromsparte

Unser Stromvertrieb büßte knapp 2,8 Mio. kWh an Absatzmenge (ohne Eigenverbrauchsmengen) ein und sank von 123,9 Mio. kWh auf 121,2 Mio. kWh. Der Absatzverlust resultiert im Wesentlichen aus einer verringerten Abgabe an Tarifkunden. Der Verbrauch der grundversorgten Kunden ist mit rund 11 Mio. kWh nahezu gleich geblieben.

Einhergehend mit dem Absatzverlust sind die Umsatzerlöse unseres Stromvertriebs in 2017 um 0,9 % auf 23,5 Mio. € gesunken. Den gesunkenen Umsatzerlösen steht zwar ein Ertrag aus der anteiligen Auflösung von Rückstellungen für energiewirtschaftliche Risiken in Höhe von rund

265 T€ und ein entsprechend geringerer Materialaufwand gegenüber, dieser wird aber durch höhere sonstige betriebliche Aufwendungen fast aufgezehrt. Zum Gesamtergebnis steuerte der Stromvertrieb damit einen um 209 T€ niedrigeren Jahresüberschuss von 1.463 T€ bei.

Im Netzbetrieb ist die Gesamtabgabe lediglich um 0,06 % gesunken, was einer Abgabemenge von 225 GWh entspricht. Hierbei stehen gegenüber dem Vorjahr 860 T€ höhere Umsatzerlöse aus Netzentgelten einem deutlich gestiegenen Materialeinsatz gegenüber. Rund 1.589 T€ wurden 2017 mehr für Material gegenüber dem Vorjahr aufgewandt. Der wesentliche Anteil hiervon entfällt auf die vorgelagerten Netzkosten und Bilanzkreisabrechnungen. Im sonstigen betrieblichen Aufwand sind die Prüfungs- und Beratungskosten ursächlich für die Abweichung zum Vorjahr in Höhe von rund 60 T€, was – neben dem Einsatz eines Dienstleisters für die Begleitung bei der Erstellung der Kostenmeldung für die 3. Regulierungsperiode – insbesondere den grundsätzlich gestiegenen regulatorischen Anforderungen geschuldet ist. Der Stromnetzbetrieb konnte in 2017 nur einen Jahresüberschuss von 310 T€ beisteuern, welcher damit 32 T€ unter dem Vorjahr liegt.

Gassparte
Der deutliche Einbruch unseres Vertriebsabsatzes von 10,9 Mio. kWh ist hauptsächlich durch Kundenverluste begründet. Der Absatzverlust und insbesondere eine deutliche Preissenkung führen zu insgesamt 3,1 Mio. € verminderten Vertriebserlösen. Die Umsatzerlöse des Gasvertriebes betrugen 16 Mio. € in 2017.

Dem Umsatzrückgang steht die erneute Verbesserung der Beschaffungskonditionen gegenüber, der Rohertrag stieg daher im Vergleich zum Vorjahr um 66 T€. Personalkosten, Abschreibungen und sonstige betriebliche Aufwendungen liegen etwa auf Vorjahresniveau, allerdings konnte das Beteiligungsergebnis um 52 T€ verbessert werden. Der Vertriebsbereich trägt an der Finanzierung der Aufstockung der Anteile an der Gasversorgung Lahn-Dill GmbH auf 100 % rund 23 T€. Insgesamt ergab sich ein Jahresüberschuss in Höhe von 2.215 T€, somit wurde das Vorjahresergebnis um 105 T€ übertroffen.

Dagegen ist im regulierten Netzbetrieb die Abgabemenge um 1,5 % auf 541,8 GWh gestiegen. Ursächlich hierfür war die im Vergleich zum Vorjahr deutlich kühlere Witterung. Trotz des höheren Netzabsatzes stiegen die Umsatzerlöse nicht, ursächlich hierfür war die Senkung der Netzentgelte zum 1. Januar 2017. Insgesamt erzielte der Netzbetrieb Umsatzerlöse in Höhe von 2,5 Mio. € und liegt somit auf Vorjahresniveau. In den sonstigen betrieblichen Erträgen finden sich auch die zum Teil periodenfremden Erstattungen aus der Marktraumumstellung. 2017 waren dies 211 T€ mehr als im Vorjahr. Im Materialaufwand ist insbesondere die Mehr-/Mindermengenabrechnung ursächlich für die Abweichung von insgesamt rund 209 T€ zulasten des Netzbetriebes. Fremdleistungen, Personalkosten und Abschreibungen sind vergleichbar mit dem Vorjahr. Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen sind rund 123 T€ höher als 2016, im Wesentlichen ist dies auch hier den Prüfungs- und Beratungsaufwendungen für regulatorische Anforderungen geschuldet. Der Gasnetzbetrieb konnte 2017 zum Jahresüberschuss 825 T€ beitragen.

Dienstleistungen
Die Ertragslage im Tätigkeitsfeld Dienstleistungen wird unverändert wesentlich von unseren Leistungen für die öffentliche Wasserversorgung bestimmt. Die weiterhin im Aufbau befindlichen Contractingaktivitäten, die immerhin einen Anstieg der Umsatzerlöse um 82 T€ auf 347 T€ verzeichnen konnten, sowie die Erbringung von Dienstleistungen im Wassernetzbetrieb anderer Gemeinden liefern derzeit nur einen untergeordneten Beitrag.

Ab 2017 konnten die Vergütungssätze für die Dienstleistungen der öffentlichen Wasserversorgung angepasst werden. Der Materialeinsatz lag auf Vorjahresniveau, die Fremdleistungen unter anderem durch die Verschiebung von Maßnahmen rund 288 T€ unter dem Vorjahresansatz. Bedingt durch eine Rückstellung für strukturelle Maßnahmen sind Personalkosten und sonstige betriebliche Aufwendungen angestiegen, die Konzessionsabgabe fällt 2017 um 137 T€ höher aus als im Vorjahr. Die Sparte Dienstleistung trägt 576 T€ zum Jahresüberschuss bei.

Gesamtergebnis

Insgesamt wurde mit einem Jahresüberschuss von 5,4 Mio. € ein erfreuliches Ergebnis erzielt. Wenngleich das Vorjahresergebnis um 720 T€ unterschritten wurde, konnte unser Planansatz von 4,3 Mio. € um 1,1 Mio. € deutlich übertroffen werden.

FINANZLAGE

Die finanzielle Lage der Gesellschaft ist nach wie vor sehr solide. Zahlungsverpflichtungen konnten innerhalb der vereinbarten Fälligkeiten erfüllt werden, ohne auf bestehende Kreditlinien zurückgreifen zu müssen.

Das von der Geschäftsführung prognostizierte Investitionsvolumen in Höhe von 5.213 T€ wurde um 2.132 T€ unterschritten, was wesentlich auf die mangelnde Verfügbarkeit von Tiefbaudienstleistungen sowie Verschiebungen städtischer Maßnahmen zurückzuführen ist.

Zur Finanzierung der Anlagenzugänge standen ausreichend eigene Mittel zur Verfügung, darunter Abschreibungen im Volumen von 2.752 T€ und Baukostenzuschüsse für die Erstellung von Hausanschlüssen im Volumen von 268 T€.

Die Vermögens- und Kapitalstruktur hat sich im Berichtsjahr wie folgt geändert.

Anteil am Bilanzvolumen in %	2017	2016
Anlagevermögen	74,6	66,6
Liquide Mittel	7,1	18,2
Eigenkapital	66,1	78,9

Das Anlagevermögen ist damit zu 88,6 % durch Eigenkapital gedeckt.

Über die Entwicklung des Barvermögens gibt die Kapitalflussrechnung Auskunft.

Kapitalflussrechnung	2017 T€	T€	2016 T€	T€
A. Ordentliche Geschäftstätigkeit				
1. Jahresergebnis	5.389		6.109	
2. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	2.752		2.759	
3. Erträge aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens	-33		-41	
4. Auflösung empfangener Ertragszuschüsse	271		616	
5. Veränderung Vorräte	21		23	
6. Veränderung Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	-1.083		-1.823	
7. Veränderung Forderungen gegen Gesellschafter	552		-250	
8. Veränderung Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	-2.224			
9. Veränderung sonstige Vermögensgegenstände	-847		480	
10. Veränderung aktive Rechnungsabgrenzungsposten	-10		-3	
11. Veränderung der Rückstellungen	318		395	
12. Veränderung Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	-62		-33	
13. Veränderung der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	85		185	
14. Veränderung der erhaltenen Anzahlungen auf Bestellungen	-3		3	
15. Veränderung der Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern (ohne Darlehen)	-2		2	
16. Veränderung der sonstigen Verbindlichkeiten	487		-1.426	
B. Zunahme des Finanzvermögens aus der ordentlichen Geschäftstätigkeit		**5.611**		**6.996**
C. Investitionstätigkeit				
1. Investitionen abzüglich Kapitalzuschüsse	-14.365		-4.559	
2. Auszahlungen (-) / Einzahlungen (+) aus Abgängen Anlagevermögen	53		74	
3. Aktivierte Eigenleistungen	-676		-985	
D. Abnahme des Finanzvermögens aus der Investitionstätigkeit		**-14.988**		**-5.470**
E. Finanzierungstätigkeit				
1. Planmäßige Tilgungen Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	9.208		-1.528	
2. Planmäßige Tilgung Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern	-2		2	
F. Zunahme (+) / Abnahme des Finanzvermögens aus der Finanzierungstätigkeit		**9.206**		**-1.526**
G. Kapitalbewegungen				
Gewinnausschüttung	-4.800		-5.000	
H. Abnahme des Finanzvermögens aus der Kapitalbewegung		**-4.800**		**-5.000**
I. Zu-/Abnahme des Finanzvermögens		**-4.971**		**-5.000**
J. Barvermögen am Beginn des Geschäftsjahres		**9.418**		**14.418**
K. Barvermögen am Ende des Geschäftsjahres		**4.447**		**9.418**

VERMÖGENSLAGE

Die Bilanzsumme ist im Vorjahresvergleich um 10.889 T€ auf 62.630 T€ zum 31. Dezember 2017 angewachsen. Auf der Aktivseite resultiert dies aus dem Anstieg der Beteiligungen durch den Kauf der restlichen 50 % Anteile der Gasversorgung Lahn-Dill GmbH. Auf der Passivseite steht dem ursächlich das Darlehen zur Finanzierung des Anteilskaufs gegenüber. Die Minderung der Guthaben bei Kreditinstituten ist im Wesentlichen auf den für den Anteilskauf verwendeten Eigenkapitalanteil zurückzuführen.

Der deutliche Anstieg der Forderungen gegen Unternehmen mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht, ergibt sich aus dem veränderten unterjährigen Abschlagsverhalten der Gasversorgung Lahn-Dill GmbH. Liquidität der Beteiligung wurde im Laufe des Jahres bei enwag vorgehalten um der aktuellen Finanzmarktlage zu entsprechen und Freigrenzen auszuschöpfen.

Die anderen sonstigen Forderungen sind gegenüber dem Vorjahr deutlich angestiegen, was wesentlich den ausstehenden Abrechnungen aus der EEG-Umlage des Vertriebes, der Marktraumumstellung sowie der Umsatzsteuer geschuldet ist. Hier wurden zum Geschäftsjahresschluss Abschläge großzügig bemessen um regulatorisch ungünstige Verbindlichkeiten zu vermeiden und Liquidität zu verwahren.

Insgesamt ist die Vermögenslage der Gesellschaft weiterhin als ausgewogen zu bezeichnen.

GESAMTAUSSAGE

Die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft stellt sich den Erwartungen entsprechend als stabil dar.

PROGNOSE-, RISIKO- UND CHANCENBERICHT

Risikomanagementsystem

enwag hat auf Grundlage des Gesetzes zur Kontrolle und Transparenz im Unternehmensbereich (KonTraG) ein Risikomanagementsystem eingerichtet, um alle den Fortbestand des Unternehmens gefährdenden Entwicklungen frühestmöglich zu erkennen, zu bewerten und rechtzeitig Gegenmaßnahmen einzuleiten. Es schafft Transparenz und ist in die Organisations- und Kommunikationsstruktur integriert. Durch aktive Risikosteuerung werden Handlungsspielräume ermöglicht, die die langfristige Sicherung bestehender und den Aufbau neuer Erfolgspotenziale ermöglichen und somit den Fortbestand der enwag sicherstellen. Der verantwortungsbewusste Umgang mit Risiken gehört zu einer guten Corporate Governance.

Über den Wirtschaftsplan hinausgehend werden im Rahmen des Risikomanagementprozesses alle relevanten Risikopotenziale identifiziert und die Risikofelder unter Berücksichtigung von Gegenmaßnahmen nach ihrer Schadenshöhe und Eintrittswahrscheinlichkeit bewertet. Die Risikolage ist in einer Risikomanagementsoftware abgebildet und das Risikomanagementsystem in einem Risikohandbuch dokumentiert.

In einer Risikobeiratssitzung wurde von Geschäftsführung, Risikobeauftragten und der Risikomanagerin die jährliche Risikoinventur durchgeführt. Ein abteilungs- und prozessübergreifender Informationsaustausch ist durch die regelmäßigen Führungskräftesitzungen gewährleistet. Im Berichtsjahr fanden zwei Risikoausschusssitzungen mit dem abgesandten Aufsichts-

ratsmitglied, der Geschäftsführung und der Risikomanagerin statt. Thematisiert wurden insbesondere die wesentlichen Risiken, deren wirtschaftliche Auswirkungen und Gegenmaßnahmen zur Risikosteuerung. Den Aufsichtsratsmitgliedern liegen Risikohandbuch, -matrix, -profil und der Risikobericht vor. Der Aufsichtsrat hat die Angemessenheit des bestehenden Risikomanagementsystems bestätigt.

RISIKEN UND CHANCEN

Branchenspezifische Risiken

Hierunter sehen wir insbesondere die vielfältigen rechtlichen und regulatorischen Vorgaben, denen unsere Branche unterliegt. In Bezug auf langfristige Investitionen fehlen vielfach verlässliche und transparente energiepolitische Rahmenbedingungen, die eine hinreichende Planungssicherheit gewähren.

In den kommenden Jahren erwarten wir auf europäischer wie nationaler Ebene weitere energiepolitische Weichenstellungen, die substanzielle Auswirkungen auf die zukünftige wirtschaftliche Entwicklung von Energieversorgern haben werden. Die aktuelle Gesetzeslage sieht bis 2022 einen stufenweisen Ausstieg aus der Kernenergie und eine Umstellung der Energieerzeugung auf erneuerbare Energien vor. Zudem gewinnt das Thema Sektorkopplung zunehmend an Bedeutung. Von den Folgen der Energiewende sind insbesondere auch Verteilnetzbetreiber wie enwag betroffen, wobei die Herausforderung vor allem darin besteht, sowohl die Netzanbindung der stetig zunehmenden dezentralen Erzeugungsanlagen als auch die Netzstabilität zu gewährleisten.

Unsere Arbeit wird von zahlreichen neuen Gesetzen und Verordnungen sowie Änderungen bestimmt, die auch Einfluss auf das Risikopotenzial nehmen. In diesem Zusammenhang wurde im Geschäftsjahr 2016 erstmals die Umsetzung des neuen Messstellenbetriebsgesetzes mit der Einbauverpflichtung intelligenter Messsysteme ab 2017 als separates Risikofeld erfasst. Da mittlerweile unsere Rollout-Planung abgeschlossen wurde, anderseits aber immer noch keine zertifizierten Geräte verfügbar sind, wurde dieses Risiko deutlich reduziert.

Das IT-Sicherheitsgesetz verpflichtet Energieversorger bis zum 31. Januar 2018 ein Informationssicherheits-Managementsystem (ISMS) gemäß ISO/IEC 27001 einzuführen und zu zertifizieren. Die Einführung eines ISMS bei enwag ist abgeschlossen, die Zertifizierung erfolgte zum Jahreswechsel 2017/18.

Vor dem Hintergrund der in 2019/20 geplanten Umstellung der Versorgung von L- auf H-Gas und der damit verbundenen engen Terminkette wurde dieses Großprojekt neu in die Risikobewertung aufgenommen.

Neben den witterungsbedingten und den allgemeinen konjunkturellen Risiken ergeben sich aufgrund der hohen Dynamik der Energiemärkte und der Volatilität der Energiepreise wettbewerbsbedingte Bezugs-, Absatz- und Preisrisiken im Strom- und Gasmarkt. Diesen begegnen wir mit einem konsequenten Kostenmanagement sowie durch ein marktorientiertes Produkt- und Kundenmanagement.

Ertragsorientierte Risiken
Die regulatorische Festsetzung der Netzentgelte durch die Anreizregulierung führt zu einem stetig steigenden Druck auf die Ertragslage der Netze. Verschärft wird die Situation durch Gesetzesänderungen. Die zunehmenden Eingriffe der Politik haben zu deutlichen Kostensteigerungen geführt. Unsere Risikobewertung ist aufgrund der verschärften Vorgaben der 3. Regulierungsperiode unter anderem wegen Absenkung der Eigenkapitalverzinsung ab 2018 gestiegen. Wir versuchen dem durch Strategieüberarbeitung, Effizienzverbesserungen sowie intensives Kostenmanagement zu begegnen.

Wesentliche Ertragsrisiken gehen auf die anhaltende Wettbewerbsdynamik im Zug der Marktöffnung im Energiesektor zurück. Kundenseitig setzt enwag auf ein marktorientiertes Kundenmanagement um Kundenzufriedenheit und -bindung zu fördern und ihre Position gegenüber Wettbewerbern zu stärken.

Zur Bewältigung von Commodity-Risiken und zur Optimierung der Energiebeschaffung setzt enwag für die optimierte, flexible Energiebeschaffung ein modernes Portfolio-Managementsystem ein. Eng damit verbunden ist ein stringentes Commodity-Risk-Controlling, das wir im Rahmen einer geltenden Risikorichtlinie durchführen.

Längere Betriebsstörungen oder der Ausfall von Anlagen oder Komponenten könnten unsere Ertragslage beeinträchtigen. Diesem Risiko begegnen wir durch regelwerkkonformes Planen, Bauen, Betreiben und Instandhalten der Netze, durch Einsatz standardisierter Materialien zuverlässiger Hersteller sowie durch Personalschulungen und strikte Beachtung des Arbeitsschutzes. Gegen dennoch eintretende Schadensfälle sind wir in einem wirtschaftlich sinnvollen Umfang versichert.

Finanzwirtschaftliche Risiken
Risiken bestehen durch Zahlungsverzögerungen oder -ausfälle im Kundenbereich, denen wir durch ein systematisches Forderungsmanagement und adäquate Bonitätsprüfungen begegnen. Liquiditätsrisiken überwachen und steuern wir im Rahmen der kurz- und langfristigen Finanzplanung. Für mögliche Schadensfälle und Haftungsrisiken sind Versicherungen abgeschlossen, die mögliche Auswirkungen auf das Unternehmen eng begrenzen.

Operative Risiken
Zu den operativen Risiken zählen betriebliche Risiken, die durch menschliches und/oder technisches Versagen beziehungsweise durch externe Einflussfaktoren entstehen, sowie rechtliche Risiken. Betriebstechnische Risiken und Störungen werden durch Richtlinien und Verfahrensanweisungen, Zertifizierungen, Schulungen sowie ein Wartungs- und Instandhaltungsmanagement begrenzt und so die Funktionsfähigkeit und Betriebssicherheit der Anlagen gewährleistet.

Unser Anspruch, die ständig neuen Anforderungen an die Prozesse unseres Tätigkeitsfeldes vorwiegend mit eigenen Ressourcen zu erfüllen, erfordert ein hohes Maß an Flexibilität und Leistungsbereitschaft von unseren Mitarbeitern. Gezielte Schulungs- und Weiterbildungsmaßnahmen sowie ein hoher Motivationsgrad unseres Personals sind wesentliche Voraussetzungen für unseren Erfolg.

Externe Risiken
Risiken aus dem politischen, rechtlichen und regulatorischen Umfeld führen zu erheblichen Planungsunsicherheiten. Um Verpflichtungen aus gesetzlichen und technischen Vorschriften rechtzeitig umzusetzen, greifen wir auf Angebote der Thüga und juristische Beratungen zurück. enwag ist zudem in Verbänden, Interessen- und Arbeitsgemeinschaften vertreten. Regelmäßige Revisionsprüfungen stellen sicher, dass Prozesse ordnungsgemäß ablaufen sowie Gesetze und Verordnungen eingehalten werden. Darüber hinaus werden die Wirtschaftlichkeit und Zweckmäßigkeit von Prozessen sichergestellt.

Chancen
Chancen und die damit verbundenen Ergebnispotenziale werden im Rahmen der mittelfristigen Unternehmensplanung betrachtet und bei ausreichender Renditeerwartung ergriffen.
Im Rahmen eines in 2017 initiierten Strategieprojektes wurden mehrere Tätigkeitsfelder für eine Diversifizierung unserer Geschäftstätigkeit definiert, deren Auf- und Ausbau in den nächsten Jahren forciert wird. Daneben wird auch die Positionierung der Marke „enwag“ gezielt weiterentwickelt und stärker in die Vermarktung von energienahen Dienstleistungen investiert.

enwag nutzt bereits Chancenpotenziale durch das Geschäftsfeld Contracting, den bundesweiten Vertrieb über die Beteiligung an der „fünfwerke GmbH & Co. KG“. Zudem wird die kontinuierliche Ausweitung des Vertriebsgebiets in die angrenzenden Gemeinden vorangetrieben.

enwag hat rückwirkend zum 1. Januar 2017 die Thüga-Anteile an der gemeinsamen Beteiligung Gasversorgung Lahn-Dill GmbH (GLD) erworben und wird die beiden Unternehmen mit Rückwirkungsfiktion zum 1. Januar 2018 verschmelzen. Hierdurch soll die Marke „enwag“ auch im Netzgebiet der GLD in den Städten Aßlar, Solms und Leun etabliert und weitere Produkte/Dienstleistungen der enwag dort vermarket werden.

Auf dem Gebiet der E-Mobilität hat enwag wiederum neue öffentlich zugängliche Ladestationen installiert, betreibt mehrere E-Fahrzeuge im eigenen Fuhrpark und wird das Geschäftsfeld auch im laufenden Geschäftsjahr weiter ausbauen. Weiterhin werden Investitionsmöglichkeiten in regenerative Erzeugungsanlagen fortlaufend geprüft. Aus Chancen, die sich durch die Energiewende ergeben, wollen wir Wettbewerbsvorteile und Marktanteile generieren.

Gesamtbeurteilung
Unter Berücksichtigung der gegebenen Gegensteuerungs- und Minimierungsmaßnahmen sind derzeit und für die absehbare Zukunft keine Risiken erkennbar, die unsere Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich beeinträchtigen und den Fortbestand des Unternehmens gefährden könnten. Unser Risikomanagementsystem erfüllt alle gesetzlichen Vorgaben und ist geeignet, Entwicklungen, die den Fortbestand des Unternehmens gefährden, frühzeitig zu erkennen.

PROGNOSEBERICHT

Eine Prognose in der Energiewirtschaft, die durch stetige und massive Veränderungen des regulatorischen Umfeldes sowie die allgemeinen wirtschaftlichen Herausforderungen wie beispielsweise die Digitalisierung und die Kostenprüfungen geprägt ist, enthält eine Reihe von Ungewissheiten, die außerhalb des Einflussbereiches der enwag liegen.

In unserem Wirtschaftsplan gehen wir vom temperaturbedingten Normaljahr aus. Abweichungen können sich insbesondere durch temperaturbedingte Absatzschwankungen, den steigenden Lieferantenwechsel und Anpassungen in der Bau- und Instandhaltungstätigkeit ergeben.

Zur Verstärkung unseres Marktauftritts im Umland haben wir die Gasversorgung Lahn-Dill GmbH (GLD) zum 1. Januar 2017 vollständig übernommen und beabsichtigen mit Rückwirkungsfiktion zum 1. Januar 2018 eine Verschmelzung der GLD mit der Energie- und Wassergesellschaft mbH.

Unser Investitionsbudget 2018, das im Wesentlichen Investitionen in Versorgungsanlagen betrifft, steigt insbesondere durch Aktivitäten in neuen Geschäftsfeldern gegenüber dem Vorjahr um rund 5,1 Mio. € an und ist mit 8.154 T€ geplant. Es soll vollständig aus eigenen Mitteln finanziert werden.

Nach dem derzeitigen Erkenntnisstand erwarten wir für 2018 Umsatzerlöse in Höhe von rund 60,8 Mio. € und einen Jahresüberschuss von 4,8 Mio. €.

Wetzlar, den 31. März 2018

JAHRESABSCHLUSS
ZUM 31. DEZEMBER 2017

BILANZ
FÜR DAS GESCHÄFTSJAHR 2017

AKTIVA	30.12.2017 €	€	30.12.2016 €	€
A. Anlagevermögen				
I. Immaterielle Vermögensgegenstände				
1. Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	971.355,36		816.911,38	
2. Geleistete Anzahlungen	0,00	971.355,36	0,00	816.911,38
II. Sachanlagen				
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	1.693.926,63		1.964.498,65	
2. Technische Anlagen und Maschinen	27.636.654,27		27.158.951,09	
3. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	1.261.277,16		1.264.626,44	
4. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	237.646,38	30.829.504,44	276.795,44	30.664.871,62
III. Finanzanlagen				
1. Beteiligungen	14.928.872,03		2.979.416,37	
2. Sonstige Ausleihungen	2.145,30	14.931.017,33	2.033,46	2.981.449,83
		46.731.877,13		**34.463.232,83**
B. Umlaufvermögen				
I. Vorräte				
1. Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	453.186,35		474.115,62	
2. Geleistete Anzahlungen	0,00	453.186,35	0,00	474.115,62
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände				
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	6.611.504,01		5.528.489,98	
2. Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	2.223.918,46		0,00	
3. Forderungen gegen Gesellschafter	24.185,82		576.279,24	
4. Sonstige Vermögensgegenstände	2.100.546,65	10.960.154,94	1.252.740,39	7.357.509,61
IV. Kassenbestand, Bundesbankguthaben, Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks		**4.447.331,59**		**9.418.197,48**
		15.860.672,88		**17.249.822,71**
C. Rechnungsabgrenzungsposten		**37.624,86**		**27.803,07**
		62.630.174,87		**51.740.858,61**

PASSIVA	30.12.2017 €	€	30.12.2016 €	€
A. Eigenkapital				
I. Gezeichnetes Kapital		17.000.000,00		17.000.000,00
II. Kapitalrücklage		3.983.252,89		3.983.252,89
III. Gewinnrücklagen				
1. Andere Gewinnrücklagen	15.000.000,00	15.000.000,00	13.600.000,00	13.600.000,00
IV. Gewinnvortrag/Verlustvortrag		48.670,60		139.239,49
V. Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag		5.388.966,64		6.109.431,11
		41.420.890,13		**40.831.923,49**
B. Empfangene Ertragszuschüsse		1.588.537,65		1.317.642,74
C. Rückstellungen				
1. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	574.654,00		587.951,00	
2. Steuerrückstellungen	403.810,45		563.204,79	
3. Sonstige Rückstellungen	3.781.425,87	4.759.890,32	3.291.317,41	4.442.473,20
		6.348.427,97		**5.760.115,94**
D. Verbindlichkeiten				
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten		9.223.890,00		15.764,83
2. Erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen		0,00		2.692,91
3. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen		2.250.827,57		2.166.101,85
4. Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht		0,00		62.779,63
5. Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern		0,00		1.887,06
6. Sonstige Verbindlichkeiten		3.386.139,20		2.899.592,90
- davon aus Steuern EUR 144.207,04 (i. Vj. EUR 146.677,43)				
- davon im Rahmen der sozialen Sicherheit EUR 3.985,36 (i. Vj. EUR 993,92)				
		14.860.856,77		**5.148.819,18**
		62.630.174,87		**51.740.858,61**

GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG
FÜR DAS GESCHÄFTSJAHR 2017

	2017 €	€	2016 €	€
1. Umsatzerlöse				
a) Erlöse aus der Stromabgabe und Netznutzung	35.466.540,85		34.658.709,02	
b) Erlöse aus der Gasabgabe und Netznutzung	19.808.683,00		22.935.238,05	
c) Erlöse aus der Wasserabgabe und Netznutzung	309.520,92		310.160,59	
d) Auflösung empfangener Ertragszuschüsse	233.056,68		232.088,91	
e) Andere Umsatzerlöse	7.256.242,25		6.531.412,15	
f) Aufwand aus der Stromsteuer	-2.449.725,19		-2.492.728,21	
g) Aufwand aus der Erdgassteuer	-1.853.052,96	58.771.265,55	-1.922.466,55	60.252.413,96
2. Erhöhung oder Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen		0,00		0,00
2. Andere aktivierte Eigenleistungen		675.574,76		985.275,50
3. Sonstige betriebliche Erträge		1.004.152,05		537.643,25
4. Materialaufwand				
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	35.521.467,42		36.491.240,44	
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	2.145.203,02	37.666.670,44	2.466.024,46	38.957.264,90
5. Personalaufwand				
a) Löhne und Gehälter	6.903.627,41		6.586.965,35	
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung - davon für Altersversorgung EUR 555.704,88 (i. Vj. EUR 533.279,23)	1.861.283,18	8.764.910,59	1.809.382,21	8.396.347,56
6. Abschreibungen				
a) auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen		2.752.022,29		2.759.174,55
7. Sonstige betriebliche Aufwendungen		4.878.525,77		4.181.715,68
8. Erträge aus Beteiligungen		890.330,28		848.768,55
9. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge		56.716,43		48.807,14
- davon aus der Abzinsung EUR 14.684,11 (i. Vj. EUR 13.681,89)				
10. Zinsen und ähnliche Aufwendungen		172.521,66		108.706,52
- davon Aufwendungen aus der Aufzinsung EUR 88.043,46 (i. Vj. EUR 88.565,84)				
11. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag		1.675.456,46		2.064.756,67
12. Ergebnis nach Steuern		**5.487.931,86**		**6.204.942,52**
13. Sonstige Steuern		98.965,22		95.511,41
14. Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag		**5.388.966,64**		**6.109.431,11**

ANHANG
FÜR DAS GESCHÄFTSJAHR 2017

ALLGEMEINES

Der Jahresabschluss 2017 wurde nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuches erstellt.

Die Bilanz entspricht der vorgeschriebenen Gliederung nach § 266 HGB. Für die Gliederung der Gewinn- und Verlustrechnung wurde das Gesamtkostenverfahren nach § 275 Abs. 2 HGB gewählt.

Innenumsätze sind in der Tätigkeits-Gewinn- und Verlustrechnung nur im ausgewiesenen Maße berücksichtigt.

Die Ausweisstetigkeit wurde gewahrt, ein grundlegender Bewertungswechsel gegenüber dem Vorjahr fand nicht statt.

BILANZIERUNGS- UND BEWERTUNGSMETHODEN

Die **Vermögensgegenstände des Anlagevermögens** sind zu Anschaffungs- oder Herstellungskosten bewertet. Der Inhalt der Anschaffungskosten entspricht § 255 Abs. 1 und 2 HGB. Die Herstellungskosten enthalten die Einzelkosten für Material, Lohn und Leistungen Dritter sowie angemessene Gemeinkostenzuschläge und den Werteverzehr des Anlagevermögens, soweit dieser durch die Fertigung veranlasst ist. Fremdkapitalzinsen sind nicht in die Herstellungskosten einbezogen worden.

Den planmäßigen **Abschreibungen** liegen die tatsächlichen Nutzungsdauern in Anlehnung an die amtlichen Abschreibungstabellen zugrunde, wobei sowohl die lineare als auch die – soweit zulässig – degressive Abschreibungsmethode Anwendung findet. Geringwertige Anlagegüter bis zu einem Netto-Einzelwert von € 410,00 sind im Jahr des Zugangs voll abgeschrieben beziehungsweise als Aufwand erfasst worden.

Unter den **Finanzanlagen** sind die Beteiligungen zu Anschaffungskosten bilanziert.

Unter den **sonstigen Ausleihungen** ist ein zinsloses Darlehen an ein Wohnungsbauunternehmen unter Zugrundelegung eines Zinssatzes von 5,5 % mit dem Barwert ausgewiesen, ein weiteres Darlehen ist voll abgeschrieben.

Die **Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe** werden mit dem niedrigeren Wert aus fortgeschriebenem durchschnittlichem Einstandspreis beziehungsweise Einkaufspreis zum Bilanzstichtag bewertet.

Die **Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände** sind zum Nennwert ausgewiesen. Bei Forderungen wird Risiken durch Einzel- und Pauschalwertberichtigungen Rechnung getragen.

Die bis einschließlich 31. Dezember 2002 als **empfangene Ertragszuschüsse** passivierten Baukostenzuschüsse werden ratierlich innerhalb von 20 Jahren ergebniswirksam vereinnahmt. Die in der Zeit vom 1. Januar 2003 bis 31. Dezember 2015 empfangenen Baukostenzuschüsse werden als Investitionszuschüsse aktivisch von den Herstellungskosten abgesetzt. Seit dem 1. Januar 2016 wird für empfangene Ertragszuschüsse wieder ein Passivposten gebildet, der ergebniswirksam über 20 Jahre aufgelöst wird.

Die **Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen** werden versicherungsmathematisch nach dem international üblichen Anwartschaftsbarwertverfahren (Projected Unit Credit Method) ermittelt. Die Bewertung der Verpflichtung erfolgt unter Zugrundelegung der Richttafeln 2005 G von Prof. Dr. Klaus Heubeck sowie unter Berücksichtigung zukünftiger Rentenanpassungen. Für die Abzinsung wird entsprechend der Neuregelung des § 253 Abs. 2 HGB pauschal der durchschnittliche Marktzinssatz der vergangenen 10 Geschäftsjahre der Deutschen Bundesbank für eine angenommene Restlaufzeit von 15 Jahren verwendet. Der Rechnungszins beträgt 3,68 %. Erwartete Rentensteigerungen wurden mit 1,5 % berücksichtigt. Eine Bewertung der bestehenden Pensionsrückstellungen auf Basis des durchschnittlichen Marktzinses der vergangenen 7 Jahre beläuft sich auf T€ 606 und übersteigt den bilanzierten Rückstellungsbetrag um T€ 31.

Bei der Bemessung der **übrigen Rückstellungen** wird allen erkennbaren Risiken sowie ungewissen Verbindlichkeiten Rechnung getragen, sie werden mit den nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendigen Erfüllungsbeträgen (das heißt einschließlich zukünftiger Kosten- und Preissteigerungen) angesetzt. Dabei werden Rückstellungen mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr mit dem ihrer Restlaufzeit entsprechenden durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen sieben Jahre, wie er von der Deutschen Bundesbank veröffentlicht wird, abgezinst.

Die **Verbindlichkeiten** werden zu ihren Erfüllungsbeträgen bilanziert.

ANLAGENGITTER
FÜR DAS GESCHÄFTSJAHR 2017

	Anschaffungs- und Herstellungskosten						
	1.1.2017	**Zugänge**	**Abgänge**	**Zuschüsse** Abgänge	**Zuschüsse** Zugänge	**Umbuchungen**	**31.12.2017**
	€	€	€	€	€	€	**€**
I. Immaterielle Vermögensgegenstände							
1. Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	2.322.183,42	320.739,34	14.058,17	0,00	0,00	30.179,00	**2.659.043,59**
	2.322.183,42	**320.739,34**	**14.058,17**	**0,00**	**0,00**	**30.179,00**	2.659.043,59
II. Sachanlagen							
1. Grundstücke und Bauten einschließlich Bauten auf fremden Grundstücken							
Grundstücke mit Geschäfts-, Betriebs- und anderen Bauten	10.917.770,58	0,00	52.621,37	0,00	0,00	0,00	**10.865.149,21**
Grundstücke ohne Bauten	191.519,44	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	**191.519,44**
Bauten auf fremden Grundstücken	12.281,80	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	**12.281,80**
	11.121.571,82	**0,00**	**52.621,37**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	11.068.950,45
2. Technische Anlagen und Maschinen							
Gewinnungs- und Bezugsanlagen	4.379.725,63	59.174,06	59.557,63	0,00	0,00	0,00	**4.379.342,06**
Verteilungsanlagen	126.688.807,92	2.269.480,83	437.000,48	0,00	0,00	192.454,78	**128.713.743,05**
Sonstige technische Anlagen	166.708,70	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	**166.708,70**
	131.235.242,25	**2.328.654,89**	**496.558,11**	**0,00**	**0,00**	**192.454,78**	133.259.793,81
3. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	4.544.448,55	235.127,30	254.029,60	0,00	0,00	12.587,16	**4.538.133,41**
4. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	276.795,44	196.071,88	0,00	0,00	0,00	-235.220,94	**237.646,38**
	147.178.058,06	**2.759.854,07**	**803.209,08**	**0,00**	**0,00**	**-30.179,00**	149.104.524,05
III. Finanzanlagen							
1. Beteiligungen	2.979.416,37	11.959.630,33	10.174,67	0,00	0,00	0,00	**14.928.872,03**
2. Sonstige Ausleihungen	2.033,46	720,27	608,43	0,00	0,00	0,00	**2.145,30**
	2.981.449,83	**11.960.350,60**	**10.783,10**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	14.931.017,33
	152.481.691,31	**15.040.944,01**	**828.050,35**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	166.694.584,97

Kumulierte Abschreibungen				Restbuchwerte	
1.1.2017	Zugänge	Abgänge	31.12.2017	31.12.2017	1.1.2017
€	€	€	**€**	€	**€**
1.505.272,04	196.474,36	14.058,17	**1.687.688,23**	971.355,36	**816.911,38**
1.505.272,04	**196.474,36**	**14.058,17**	1.687.688,23	**971.355,36**	**816.911,38**
9.134.389,07	267.242,39	49.291,74	**9.352.339,72**	1.512.809,49	**1.783.381,51**
10.402,30	0,00	0,00	**10.402,30**	181.117,14	**181.117,14**
12.281,80	0,00	0,00	**12.281,80**	0,00	**0,00**
9.157.073,17	**267.242,39**	**49.291,74**	9.375.023,82	**1.693.926,63**	**1.964.498,65**
3.548.404,55	63.300,61	59.557,63	**3.552.147,53**	827.194,53	**831.321,08**
100.361.177,91	1.975.420,24	432.314,84	**101.904.283,31**	26.809.459,74	**26.327.630,01**
166.708,70	0,00	0,00	**166.708,70**	0,00	**0,00**
104.076.291,16	**2.038.720,85**	**491.872,47**	105.623.139,54	**27.636.654,27**	**27.158.951,09**
3.279.822,11	249.584,69	252.550,55	**3.276.856,25**	1.261.277,16	**1.264.626,44**
0,00	0,00	0,00	**0,00**	237.646,38	**276.795,44**
116.513.186,44	**2.555.547,93**	**793.714,76**	118.275.019,61	**30.829.504,44**	**30.664.871,62**
0,00	0,00	0,00	**0,00**	14.928.872,03	**2.979.416,37**
0,00	0,00	0,00	**0,00**	2.145,30	**2.033,46**
0,00	**0,00**	**0,00**	0,00	**14.931.017,33**	**2.981.449,83**
118.018.458,48	**2.752.022,29**	**807.772,93**	119.962.707,84	**46.731.877,13**	**34.463.232,83**

ERLÄUTERUNGEN ZUR BILANZ

Die Entwicklung des Anlagevermögens geht aus dem Anlagengitter (Anlage zum Anhang) hervor.

Zum Jahresende 2017 bestanden folgende wesentliche **Beteiligungen** an der:

Gasversorgung Lahn-Dill GmbH, Wetzlar

Anteil am Kapital:	100 %
Geschäftsjahr:	1. Januar 2017 – 31. Dezember 2017
Eigenkapital:	€ 6.439.083,06 (inklusive Ergebnis 2017)
Jahresüberschuss:	€ 1.300.599,65

fünfwerke GmbH & Co. KG, Limburg

Anteil am Kapital:	20 %
Geschäftsjahr:	1. Januar 2016 – 31. Dezember 2016
Eigenkapital:	€ 4.833.409,46
Jahresüberschuss:	€ 1.812.340,74

Die Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände haben eine Restlaufzeit bis zu einem Jahr.

Forderungen gegen Unternehmen mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht (T€ 2.224, Vorjahr T€ 0) resultieren im Wesentlichen aus dem Gasverkauf. Forderungen gegen Gesellschafter (T€ 24, Vorjahr T€ 576) bestehen gegen die Stadt Wetzlar und resultieren aus Lieferungen und Leistungen.

Unter den **sonstigen Vermögensgegenständen** sind Umsatz- und Ertragsteuerforderungen (T€ 1.324, Vorjahr 1.098), ausstehende Gutschriften aus der Umlagen-Abrechnung (T€ 300, Vorjahr T€ 81), die Abrechnung der Marktraumumstellung (T€ 214, Vorjahr T€ 0), Vorsteuererstattungsansprüche (T€ 135, Vorjahr T€ 31), ausstehende Mehr-/Mindermengenabrechnungen (T€ 108, Vorjahr T€ 0), Erstattungsansprüche aus Energiesteuern (T€ 12, Vorjahr T€ 15) und Sonstige (T€ 8, Vorjahr T€ 28) erfasst. Die Guthaben aus Insolvenzsicherung von Altersteilzeitansprüchen wurden mit den Altersteilzeitrückstellungen gemäß den Regelungen des § 246 Abs. 2 Satz 2 HGB saldiert.

Die Bewertung der Rückdeckungsversicherungsansprüche zur Insolvenzsicherung der Wertguthaben gemäß § 8a ATG erfolgte mit dem Zeitwert.

Der **aktive Rechnungsabgrenzungsposten** beinhaltet periodische Fördermaßnahmen in Höhe von T€ 14 (Vorjahr T€ 1) sowie in 2017 abgerechnete, aber erst in Folgejahren empfangene Leistungen in Höhe von T€ 24 (Vorjahr T€ 27).

Das **gezeichnete Kapital** beträgt € 17 Mio. An der Gesellschaft sind zum Bilanzstichtag die Stadt Wetzlar zu 50,1 % und die Thüga Aktiengesellschaft in München zu 49,9 % beteiligt.

Die **Rückstellungen für Pensionen** werden mit T€ 575 (Vorjahr T€ 588) ausgewiesen.

Die **Steuerrückstellungen** betreffen mit T€ 177 die Körperschaftsteuer (Vorjahr T€ 296), mit T€ 217 die Gewerbesteuer (Vorjahr T€ 250) und mit T€ 10 den Solidaritätszuschlag (Vorjahr T€ 17).

Die **sonstigen Rückstellungen** wurden für folgende Sachverhalte gebildet: Altersteilzeit (T€ 1.470, Vorjahr T€ 1.321), Verpflichtungen aus der Beseitigung von Altlasten sowie dem Rückbau von Versorgungsanlagen (T€ 634, Vorjahr T€ 470), organisatorisch-strukturelle Veränderungen (T€ 400, Vorjahr T€ 0), energiewirtschaftliche Risiken (T€ 315, Vorjahr T€ 574), rückständiger Urlaub (T€ 306, Vorjahr T€ 321), Jahresverbrauchsabrechnung und Abschluss- und Prüfungskosten (T€ 262, Vorjahr T€ 231), Beihilfeverpflichtung (T€ 63, Vorjahr T€ 45) und Übrige (T€ 331, Vorjahr T€ 284).

Für die **Verbindlichkeiten** bestehen folgende Restlaufzeiten:

Verbindlichkeiten	**31.12.2017**				**31.12.2016**			
	Restlaufzeit			**gesamt**	**Restlaufzeit**			**gesamt**
Art der Verbindlichkeit	bis 1 Jahr €	2 bis 5 Jahre €	über 5 Jahre €	€	bis 1 Jahr €	über 1 Jahr €	über 5 Jahre €	€
1.Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten								
- Darlehen	473.020,00	2.365.100,00	6.385.770,00	9.223.890,00	15.764,83	0,00	0,00	15.764,83
- Sonstige	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	473.020,00	2.365.100,00	6.385.770,00	9.223.890,00	15.764,83	0,00	0,00	15.764,83
2. Erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen	0,00	0,00	0,00	0,00	2.692,91	0,00	0,00	2.692,91
3. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	2.250.827,57	0,00	0,00	2.250.827,57	2.166.101,85	0,00	0,00	2.166.101,85
4. Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	0,00	0,00	0,00	0,00	62.779,62	0,00	0,00	62.779,63
5. Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern	0,00	0,00	0,00	0,00	1.887,06	0,00	0,00	1.887,06
6. Sonstige Verbindlichkeiten	3.386.139,20	0,00	0,00	3.386.139,20	2.899.592,90	0,00	0,00	2.899.592,90
	6.109.986,77	2.365.100,00	6.385.770,00	14.860.856,77	5.148.819,17	0,00	0,00	5.148.819,18

Unter den **sonstigen Verbindlichkeiten** sind unter anderem Kundenüberzahlungen (T€ 2.433, Vorjahr T€ 2.176), ausstehende Endabrechnungen vom Übertragungsnetzbetreiber TenneT unter anderem aus der EEG- und KWKG- und §-19-Umlage-Abrechnung (T€ 250, Vorjahr T€ 196), Verbindlichkeiten aus Kautionen (T€ 208, Vorjahr T€ 208) und die Verbindlichkeiten aus der Endabrechnung der Strom- und Erdgassteuer gegenüber dem Hauptzollamt (T€ 143, Vorjahr T€ 147), ausstehende Mehr-/Mindermengenabrechnung gegenüber Dritten (T€ 102, Vorjahr T€ 0) ausgewiesen.

ERLÄUTERUNGEN ZUR GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG

Unter den Umsatzerlösen sind erfasst:	2017 T€	2016 T€
Erlöse aus Stromabgabe + Netzentgelten	35.467	34.659
Aufwand aus Stromsteuer	2.450	2.493
Erlöse aus Gasabgabe (ohne Erdgassteuer) + Netzentgelten	19.808	22.935
Aufwand aus Erdgassteuer	1.853	1.922
Erlöse aus Wasserabgabe + Netzentgelten	310	310
Auflösung empfangener Ertragszuschüsse	233	232
Andere Umsatzerlöse	7.256	6.531
	58.771	60.252

Die **aktivierten Eigenleistungen** enthalten die Sach- und Personalkosten für selbsterstellte Anlagen.

In den **sonstigen betrieblichen Erträgen** sind im Wesentlichen die Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen, die Erstattungen aus der Marktraumumstellung, Erträge aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens, insbesondere eines bebauten Grundstückes, Mahngebühren sowie Zahlungseingänge von ausgebuchten Forderungen, Entschädigungen für Schäden, Rückvergütungen sowie andere betriebliche Erträge erfasst.

Die **periodenfremden Erträge** betragen insgesamt T€ 790 (Vorjahr T€ 265) und umfassen die Erstattungen aus der Marktraumumstellung, einer KWKG-Abrechnung aus 2016, Erträge aus Anlagenabgängen, die Auflösung sonstiger Rückstellungen, Zuschreibungen zu Forderungen, Steuererstattungen sowie Rückvergütungen, Vereinnahmung von Guthaben und Ausbuchung von Gutschriften.

Unter den **sonstigen betrieblichen Aufwendungen** sind unter anderem die Konzessionsabgabe (T€ 2.602, Vorjahr T€ 2.446), Prüfungs-, Beratungs- und Gerichtskosten (T€ 686, Vorjahr T€ 430), Kosten für Insertionen und Werbemaßnahmen (T€ 248, Vorjahr T€ 229), Mieten, Pachten, Gebühren, Beiträge (T€ 201, Vorjahr T€ 172) sowie Post-, Wartungs- und allgemeine Verwaltungskosten, Zuführungen zu Rückstellungen und Verluste aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens ausgewiesen.

Periodenfremde Aufwendungen betragen insgesamt T€ 94 (Vorjahr T€ 92) und haben sich insbesondere aus der Buchung der Anlagenabgänge und Forderungsverlusten sowie der Erhöhung der Pauschalwertberichtigung ergeben.

Der **Ertragsteueraufwand** beträgt T€ 1.675 (Vorjahr T€ 2.065).

Unter den **sonstigen Steuern** werden T€ 40 Stromsteuer (Vorjahr T€ 43), T€ 35 Grundsteuer (Vorjahr T€ 29), T€ 9 Kraftfahrzeugsteuer (Vorjahr T€ 9), T€ 9 Erdgassteuer (Vorjahr T€ 9) und T€ 6 Sonstige (Vorjahr T€ 6) gezeigt.

WEITERE ANGABEN

Die Organmitglieder sind einer gesonderten Aufstellung zu entnehmen.

Der Aufsichtsrat erhielt für seine Tätigkeit eine Vergütung von € 12.960,00.

Bezüglich der Angabe der Bezüge der Geschäftsführung wurde § 286 Abs. 4 HGB in Anspruch genommen.

Die Gesellschaft ist Mitglied der Zusatzversorgungskasse Wiesbaden. Diese erhebt Beiträge im Umlageverfahren (1. Januar 2017 – 30. Juni 2017 = 6,6 % und 1. Juli 2017 – 31. Dezember 2017 = 6,8 %) von der beitragspflichtigen Lohn- und Gehaltssumme.

Die Vergütungen an ehemalige Mitglieder der Geschäftsführung belaufen sich auf € 66.289,26. Die für diese Gruppe gebildeten Pensionsrückstellungen betragen € 539.266,00. Darüber hinaus bestehen in der Höhe schwankende Beihilfeverpflichtungen gegenüber ehemaligen Mitgliedern der Geschäftsführung und deren Hinterbliebenen.

Von den im Jahresdurchschnitt beschäftigten Mitarbeitern (132) waren 83 Gehaltsempfänger und 49 Lohnempfänger.

Sonstige finanzielle Verpflichtungen bestehen zum 31. Dezember 2017 in Höhe von T€ 18.101 aus Miet- und Leasingverpflichtungen und dem Bestellobligo einschließlich Strom- und Gasbeschaffung. Fernerhin besteht die Verpflichtung zur Gewährung eines Darlehens in Höhe von bis zu T€ 750 auf Anforderung gegenüber der fünfwerke GmbH und Co. KG.

Die Gesellschaft wird in den Konzernabschluss der Thüga Holding GmbH & Co. KGaA, München einbezogen, die den Konzernabschluss für den kleinsten und größten Kreis von Unternehmen aufstellt. Der Konzernabschluss ist am Sitz der Thüga Holding GmbH & Co. KGaA in München erhältlich und wird im Bundesanzeiger offengelegt.

Angabe im Sinne des § 6b Abs. 2 EnWG
Mit der Gasversorgung Lahn-Dill GmbH wurden Geschäfte in Höhe von netto T€ 2.270 getätigt. Hierbei handelt es sich um die Erbringung kaufmännischer und technischer Dienstleistungen vonseiten der enwag sowie der Gaslieferung von enwag und der Abrechnung von Netzentgelten und Mehr-/Mindermengen von der Gasversorgung Lahn-Dill GmbH gegenüber der enwag.

Angabe im Sinne des § 285 Nr. 17 HGB
Das Abschlussprüferhonorar für Abschlussprüfungsleistungen für das Geschäftsjahr 2017 beträgt € 29.400,00.

Für sonstige Bestätigungsleistungen im Zusammenhang mit der Erstellung der Testate nach EEG und KWKG sowie die Bestätigung über die zu meldenden Abschlusszahlen für den Konzernabschluss des Gesellschafters Stadt Wetzlar fallen Aufwendungen in Höhe von € 5.700,00 an.

Angabe im Sinne des § 285 Nr. 3 HGB
Es wurden keine außerbilanziellen Geschäfte gemäß § 285 Nr. 3 HGB getätigt.

Angabe im Sinne des § 285 Nr. 21 HGB
Es wurden keine gemäß § 285 Nr. 21 HGB, nicht zu marktüblichen Bedingungen zustande gekommenen Geschäfte, soweit sie wesentlich sind, mit nahestehenden Unternehmen und Personen getätigt.

Angabe im Sinne des § 285 Nr. 25 HGB
Die Guthaben aus Insolvenzsicherung aus Altersteilzeit wurden mit den entsprechenden Rückstellungen verrechnet. Der beizulegende Zeitwert der Insolvenzsicherung beträgt zum 31. Dezember 2017 € 66.657,43. Dieser Wert stellt gleichzeitig die fortgeführten Anschaffungskosten dar. Der Erfüllungsbetrag der Altersteilzeitrückstellung beträgt unsaldiert € 1.537.009,00. Die Erträge aus der Insolvenzsicherung in Höhe von € 2.055,58 wurden mit den Zinsaufwendungen in Höhe von € 45.085,00 verrechnet.

Angabe im Sinne des § 285 Nr. 29 HGB
Der Bewertung der latenten Steuern wurde ein Steuersatz von 26,4 % zugrunde gelegt.

Aktive latente Steuern ergeben sich aus den Rückstellungen, insbesondere aus den Rückstellungen für Altersteilzeit, Altlastensanierung und Rückbauverpflichtungen, organisatorisch-strukturellen Veränderungen, energiewirtschaftlichen Risiken, Steuerrisiken, Beihilfe und Pensionen. Es wurde kein Gebrauch vom Aktivierungswahlrecht gemacht.

GEWINNVERWENDUNGSVORSCHLAG

Die Geschäftsführung wird vorschlagen, aus dem Bilanzgewinn € 4.300.000,00 an die Gesellschafter auszuschütten, € 1.000.000,00 in die Gewinnrücklagen einzustellen und den verbleibenden Betrag in Höhe von € 137.637,24 auf neue Rechnung vorzutragen.

NACHTRAGSBERICHT

Vorgänge von besonderer Bedeutung, die nach dem Schluss des Geschäftsjahres eingetreten sind und weder in der Bilanz noch in der Gewinn- und Verlustrechnung enthalten sind, sind nicht bekannt.

Wetzlar, den 31. März 2018

enwag
Energie- und Wassergesellschaft mbH
Geschäftsführung

IMPRESSUM

Herausgeber: energie- und wassergesellschaft mbh
Hermannsteiner Straße 1
35576 Wetzlar
Realisation: trurnit Frankfurt GmbH
Text und Fotos: energie- und wassergesellschaft mbh